

Preise entsprechend. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise sind indes nur die erste und direkte Auswirkung der Zölle. Die weiteren, die indirekten Auswirkungen auf die Agrarindustrie werden der schärfere Schlag gegen das Proletariat. Das Ausmaß der Erhöhung der Zölle für die Einfuhr von Agrarprodukten nach Deutschland muß greift zu Gegenmaßnahmen und erhöht die Zölle auf Industrieprodukte, auf deren Ausfuhr die deutsche Industrie angewiesen ist.

Zweck und Folge der Schutzzölle sind wie ihr Name andeutet, der Schutz der deutschen Agrar- und Industriearbeiter, d. h. Schutz vor einer Überbietung der Preise durch die Auslandskonkurrenz und die Erhöhung der Preise. Es ist klar, daß durch erhöhte Preise die Ausfuhr nach dem Weltmarkt erschwert, in dem letzten Stadium der Weltwirtschaftskrise sogar unmöglich gemacht wird. Dem versucht die deutsche Industrie aus dem Wege zu gehen, indem sie — durch ihre Kartelle, Ausfuhrorganisationen usw. — den Exporteuren Prämien gewährt, diese auf die Inlandspreise schlägt und dadurch auch die schon durch Zölle verteuerten Waren nochmals verteuert.

Als Abwehrmaßnahmen auf die Zölle vom August v. J. d. h. auf die Prämienvergütung (Domäne genannt) hat das amerikanische Schatzamt Ende Mai d. j. einen Erlaß an die Zollämter veröffentlicht über die Erhebung von Zusatzzöllen auf eingeführte deutsche Eisen- und Stahlerzeugnisse. Unter dem Hinweis auf Abmachungen innerhalb der deutschen Eisenindustrie über Vergütungen der nach Ansicht des Schatzamtes Exportprämien im Sinne des § 303 des Tarifgesetzes darstellen, sollen hiernach Zusatzzölle bei der Einfuhr von deutschen Walzwerkzeugen oder Waren daraus in Höhe der gewährten Rückvergütung erhoben werden. Die amerikanischen Zollbestimmungen sind anzuwenden bis auf weiteres Ausführungsbestimmungen über die Abfertigung von nachstehenden Erzeugnissen oder Waren daraus, insofern sie aus Deutschland eingeführt oder dem Zollverschluß entnommen werden, aussetzen, und zwar nach Ablauf von 30 Tagen nach der Veröffentlichung der genannten Verfügung in den wöchentlichen Zollentscheidungen. Die Liste enthält folgende Erzeugnisse:

Rohisen, Roheisenstücke oder vorgewalzte Blöcke, Platten, Form-, Stab-, Universalisen, Schienen, Gas- und Dampfrohre, Kesselboile und Bleche.

Auf Grund dieser Verordnung, die noch nicht einmal in Wirkung ist, würde die deutsche Industrie schon von einer Reihe großer Lieferungen ausgeschlossen. Die Verordnung ist noch nicht in Kraft, weil noch weitere Erhebungen ansteht und die Entwicklung der Dinge in Deutschland abgewartet werden soll. Es ist sicher, daß die Maßnahme des amerikanischen Kapitals gegen die deutsche Konkurrenz angewandt werden wird, das was nicht nur amerikanische Schwerindustrie, sondern auch das Agrarkapital verlangen.

Die Hochschutzzölle auf Agrarprodukte sind zweifellos auf die Gelder und Auspflündergewinnheiten der Junker zurückzuführen, die wiederum im höchsten Maße interessiert sind, daß die in Deutschland die „Schere“ schon geschlossen ist. D. h. die Agrarproduktpreise haben die Höhe der Industrieproduktpreise erreicht. Mit den neuen Wucherzöllen werden die Lebensmittelpreise weiter über die industriellen Lebensmittelpreise steigen und weiteren Lohnabbau bedeuten. Ihre Durchsetzung kommt aber nur erzielt werden, weil den Junkern die Schotbarone zur Seite standen. Die tiefer Ursache ist also der Absatzmangel der Industrie, d. h. die Weltwirtschaftskrise, die Ursache, die mit diesem nicht beseitigt, sondern nur verstärkt wurde.

Die Arbeiterklasse hat nun nicht die Aufgabe, gegen den Lebensmittelpreis zu kämpfen, weil dieser die notwendige Auswirkung des Kapitalismus ist. Das Proletariat hat die Ursache, d. h. den Kapitalismus zu beseitigen, da ihm erst durch dessen Beseitigung Lebensmöglichkeit gegeben wird.

Die Folgen des Zollariffs.

An der Berliner Produktenbörse ist gestern der Weizenpreis um 1,50 Mark gestiegen, während der Roggen unverändert 223 Mark kostete. Der Weizenpreis in Berlin ist damit höher, als der Preis für amerikanischen Weizen in Hamburg, der gestern 282 bis 261 Mark (unverzollt) betrug. Aus der gestrigen Rohweizenpreisliste ergibt sich eine Steigerung der Großhandelspreise um 1,3 Proz. in der Zeit vom 30. Juni bis 7. Juli. Diese Erhöhung ist der Preissteigerung der Agrarprodukte geschuldet, die um 1,9 Prozent auf 181 Punkte gestiegen sind, während der Index der Industriepreise mit 124,1 Prozent fast unverändert geblieben ist. (Berlin, 10. 7. 1926.)

Eine Eisenstadt

Wie die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ des 8. Juli mitteilt, schätzt die Reichsregierung die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf 4 1/2 Millionen. In dieser Ziffer sind die Landarbeiter, die in diesem Jahre ebenfalls in großen Massen arbeitslos sind, nicht einbezogen. Wir werden an den Ziffern der Regierung sehen nachweisen, daß diese falsch und als Beruhigungsmittel konstruiert sind.

Die Regierung zitiert ihre 4 1/2 Millionen so: Im Juni gab es 1,75 Millionen unterstützte Vollerwerbslose. Hinzu kommen 2,5 Millionen unterstützte Vollerwerbslose, die 20 Prozent der Vollerwerbslosen, auf die sich die Försorge nicht mehr erstreckt; bei Notstandsarbeiten sind 170 000 Arbeitslose beschäftigt. Zusammen 2 1/2 Millionen. Die Zahl der Kurzarbeiter kann man wohl mit zwei Millionen annehmen. Am größten ist die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie — im Bergbau — trotz der fortgeschrittenen Bauaison — und in der Metallindustrie, während die Kurzarbeit in der Textilindustrie am umfangreichsten ist. Unter den Ungelernten ist die Arbeitslosigkeit größer, als unter den Gelehrten. Trotz der ungünstigen Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sind die für die Erwerbslosenfürsorge ausgeworfenen Summen viel geringer als in der bürgerlichen Tagespresse vielfach behauptet wurde. Im Jahre 1925 wurden für Erwerbslosenfürsorge insgesamt 273 Millionen Mark verwendet. Im laufenden Jahre in den vier Monaten Januar bis April 428 Millionen; im April allein 113 Millionen, wovon 40 Millionen auf Beiträge der Arbeitnehmer und Unternehmer entfallen, 15 Millionen auf die Gemeinden, der Rest wurde vom Reich und von den Ländern je zur Hälfte getragen.

Die Summen, die für die Erwerbslosenfürsorge gezahlt werden, sind lächerlich geringfügig. Allein die Pensionen, die die demokratischen Republiken und sonstigen monarchischen Massenschlichter zahlen, sind um das Mehrfache höher. Daß die Erwerbslosenziffern falsch sind, beweist ein Rechenminister selbst, wenn auch ungewollt und unbewußt. Der Reichsarbeitsminister Brauns machte kürzlich im Reichstags-Deutscher Fraktionssitzung Mitteilung, daß von 473 000 Arbeitslosen Mitte November 1925 waren sechs Monate später Mitte Mai 186 000, d. h. 40 Prozent noch erwerbslos, d. h. sie besaßen noch keine Unterstützung! Von 1 062 000 Arbeitslosen Mitte Dezember 1925 waren Mitte April 276 000, d. h. 25 Prozent, Mitte Mai waren von 2 058 000 Arbeitslosen des Monats Dezember 809 814 erwerbslos. Somit sind 1,2 Millionen Arbeiter unbeschäftigt, an deren Stelle fast eine Million andere gestellt sind; betrug doch die Zahl der Vollerwerbslosen Mitte Mai nicht 1,7 Millionen, sondern nur 1,2 Millionen. Die Vollerwerbslosen sind 240 000 bereits ausgesteuert, vorhanden waren, wird wohl die Regierung selbst nicht einsehen. In Wirklichkeit gab es Mitte Mai mehr als 1 Million Ausgesteuerte. Und heute wird die Ziffer sicher 2 Millionen überschreiten. In Ber-

lin, wo man die Streckungen der Försorge, wenn auch nicht vollständig, durch die Veröffentlichungen des Arbeitsamtes kontrollieren kann, werden von Woche zu Woche mehr mehrere Tausend von der Försorge ausgeschaltet, ohne daß sie Arbeit erhalten, denn die Entlassungen betragen seit Wochen ebenfalls tausende wöchentlich.

Die Rationalisierungspolitik Eine falsche Statistik.

Nach der nunmehr vorliegenden Statistik des Reichsarbeitsministeriums ergibt sich, daß in deutschen Großstädten über 100 000 Einwohner die Erwerbslosigkeit am stärksten in M-Gladbach ist. Hier kamen am 1. Juni 1926 auf je 1000 Einwohner 74,6 Unterstüzungsempfänger. Es folgen Plauen i. V. mit 70,7, Nürnberg mit 57,5, Kiel mit 56,3, Dortmund mit 53,7, Essen mit 52,1 und Mainz mit 51 Unterstüzungsempfänger auf je 1000 Einwohner. In Berlin kommen auf 1000 Einwohner 48 Unterstüzungsempfänger.

Der Durchschnitt aller Großstädte beträgt 42,4; in den Großstädten Rheinlands und Westfalens ist dieser Satz allerdings mit 44,2 etwas höher. Die geringste Arbeitslosigkeit, gemessen an den Unterstüzungsempfängern, findet sich in Münster i. W. Hier sind von 1000 Einwohnern 13,8 unterstüzt, ebenfalls weisen die Hansastädte verhältnismäßig niedrige Ziffern auf. In Hamburg kommen auf 1000 Einwohner 36,4 in Bremen 25,7 und in Lübeck 26,1 Erwerbslose.

Wie wir in unserer Nummer 53 mitteilten, hat das Berliner Arbeitsamt andere Ziffern genannt; nach dessen Wochenbericht betrug in der vorigen Woche der Anteil Berlins an der Gesamtzahl der Unterstüzten (aus dem ganzen Reich) 11,7 Prozent, während Berlin aber nur 6,7 Prozent der Gesamtbevölkung beherbergt. Die Ziffern des Berliner Arbeitsamtes können ebenfalls nur aus dem Reichsarbeitsamt stammen.

Alle diese Ziffern beweisen, daß die Statistiken völlig wertlos sind.

In der von einem Berliner Bankhaus verbreiteten Broschüre zum Ruhrmontantrust heißt es an einer Stelle: „Welche Ersparnisse durch den Zusammenschluß insgesamt gemacht werden, ergibt sich einerseits aus den Stilllegungen, andererseits aus der Beschränkung der Arbeiterzahl auf zirka 60 Prozent des bisherigen Standes, wobei jedoch die gleichen Mengen wie bisher produziert werden. Allein die Ersparnis an Lagerhaltung, Transportkosten wird auf 40 Millionen Reichsmark jährlich geschätzt.“

Die Rationalisierung ist für Sozialdemokratie und Gewerkschaften das Alibi für die „Gesundung der Wirtschaft“, weshalb sie nichts unternehmen gegen die Verelendung der Arbeiterklasse. Wenn der Arbeiter sich aber nicht selbst gegen diese organisierte Kontrovervolution zur Wehr setzen, um ihrer Verelendung und dem Kapitalismus ein Ende zu machen, dann wird sich allerdings noch einmal auf den Millionen Proletariatgräbern für eine Zeit eine Trübseligkeit breit machen können.

Das Programm der KAP.

Es ist das stolze Vorrecht der Kommunistischen Arbeiterpartei, daß ihre Forderungen und Taktik nicht von dem schnell wechselnden Spiel der wirtschaftlich-politischen Tageswellen diktiert werden, sondern daß ihr Kurs und Ziel mit der Unverrückbarkeit der Magnetaedel auf einen grundsätzlichen Punkt, die kommunistische Ordnung, hinweisen.

Fast alle sogenannten Arbeiterparteien haben ein Programm, aber das A und O ihres Programms ist nichts anderes als die rein vom Augenblick diktierten Forderungen eines Anteils an dem kapitalistischen Profitstrom der kapitalistischen Gesellschaft. Die Überwindung der Ausbeuterordnung als Kampf der Geknechteten ist als utopischer Wunsch zum alten Eisen geworfen. Die Kristallisierung der Summe praktischer Erfahrung der Revolution an dem historischen materialistischen Kompaß und ihre theoretische Formulierung ist das Programm der KAP. Für sie ist der Kommunismus nicht ein ferner Wunsch, sondern seine Erklärungen die praktische Aufgabe jedes Tages.

Die kapitalistische Warenproduktion führt bei der Erzeugung des Mehrwertes zu einem System von ökonomischen Widersprüchen und gesellschaftlichen Gegensätzen, die durch die steigenden Schwierigkeiten der Realisierung des Mehrwertes bis zur Unerträglichkeit gesteigert wurden. Schon vor dem Kriege droht die entfalteten Produktivkräfte ihren gesellschaftlichen Rahmen zu sprengen und erzeugten eine laufende Kette sozialer Katastrophen und politischer Verwicklungen. Der Weltkrieg war der gewaltsame Versuch, diesen gordischen Knoten mit dem Schwert zu durchschlagen. Die Tanks, Maschinengewehre und Giftgas haben die ökonomischen Widersprüche und das Zusammenstoßen nicht beseitigt, sondern erst recht zur endgültigen Auseinandersetzung auf die Spitze getrieben. Die Götterdämmerung des Kapitalismus hat begonnen. Der Weltkrieg wurde zur Weltrevolution.

Die jetzige Epoche ist die Periode des Niederganges der kapitalistischen Wirtschaft, ihre Todeskrise. Die fortlaufenden wirtschaftlichen Zuckungen und die sozialen und politischen Kämpfe sind die Todeswehen der untergehenden und die Geburtswehen einer neuen Gesellschaft, die nur durch revolutionären Terror abgeköpft werden können.

Das bedeutet für das Proletariat die Aufrichtung seiner Diktatur mit Hilfe der Räte. Die Räte sind als verbindende Organe von gesetzgebender und vollziehender Gewalt eine der schärfsten proletarischen Waffen in der proletarischen Revolution. Gleichzeitig bildet die lebendige Gliederung und der Aufbau von unten nach oben die sicherste Gewähr gegen Versteinerung und diktatorischen Zentralismus. Die KAP lehnt es ab, der parlamentarischen Demokratie Konzessionen zu machen, um auf solche Weise künstliche und hohle Massenbewegungen aufzupumpen, selbst auf die Gefahr hin, von all den parlamentarischen Krüppeln als Sekte verschrien zu werden. Ein Nachgeben gegenüber den mit dem Parlamentarismus verknüpften Illusionen bedeutet Schwächung des Klassenkampfgedankens und Landung in den Sumpf der bürgerlichen Demokratie. Die demagogischen Parole der KPD, von dem parlamentarischen System abzuweichen, ist nichts anderes als schwindelhafte Deckung einer opportunistischen Rechtsabweichung zur völligen Liquidierung der Revolution. Die Taktik der proletarischen Revolution ist antiparlamentarisch.

Der Untergang des Kapitalismus mit seinen Auswüchsen, sich neue Atomosen zu verschaffen, bedeutet für das Proletariat eine wachsende Steigerung seines Elends und fortschreitende Unsicherheit seiner Existenz. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist auf einen Punkt gelangt, wo die Unwandel-

lung der Produktionsordnung in die kommunistische Bedarfswirtschaft durch den revolutionären Klassenkampf das Gebot der Stunde ist. Mittel und Art des Kampfes werden bestimmt durch die gesellschaftlichen Gesetze. Viele Proletarier glauben noch mit den alten Organisationsformen ihre Lebenshaltung weiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft verbessern zu können. Jede Organisationsform mit ihrer Taktik und Aufgaben entspricht aber nur einer bestimmten Zeitperiode. In der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus hatten die Lohnsklaven ein Interesse daran, ihre Ware Arbeitskraft zu schützen und so teuer wie möglich zu verkaufen. Die natürliche Form der Organisation des Verkaufes der Ware Arbeitskraft waren die Berufsorganisationen, die Gewerkschaften. Ihnen fiel die Aufgabe zu, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen, und der Passivität des Unternehmers einen Damm entgegenzusetzen. Über den Rahmen des Kapitalismus gingen die Gewerkschaften nicht hinaus und konnten sie es auch nicht. Ihre Burgfriedenspolitik während des Krieges, die Arbeitsgemeinschaft zur Rettung des Privateigentums bei Ausbruch der Revolution, der Kampf gegen die Revolution, als wie auch ihr Eintreten für eine kapitalistische Wirtschaftsform sind trotz aller persönlichen Lumen und Gemeinheit für die Gewerkschaften ein ehernes Muß, mit dem Ende des Kapitalismus war auch ihre Zeit gekommen, sie stemmen sich der fortschreitenden Revolution entgegen, stellen die Galliflets und wurden die stärksten Stützen der Kontrovervolution.

Das Prinzip der Revolution ist nicht die Veredelung der Lohnsklaverei, sondern ihre endgültige Überwindung, nicht ein Kampf um den Preis der Ware Arbeitskraft, sondern die Entkleidung der Arbeitskraft ihres Charakters als Ware. Dieser Kampf ist der Kampf der Klasse ohne Unterschied des Berufes. Die Zusammenfassung der Ausgebeuteten muß darum als Klasse in den Betrieben auf der Grundlage des Rätesystems erfolgen. Hier an der Quelle der Produktion und Ausbeutung hat zunächst die organisatorische Verbindung aller Ökonomiebetriebe zu Betriebsorganisationen zu erfolgen. Und die Zusammenschließung aller Betriebsorganisationen zu den revolutionären Kadern der Allgemeinen Arbeiter-Union bilden die geschlossene Phalanx, die die kapitalistischen Zwingburgen stürzen und die Welt des Kommunismus aufbauen wird. Die Gewerkschaften sind die Berufsorganisationen in der Zeit des Kapitalismus, die Allgemeine Arbeiter-Union ist die Klassenorganisation der Revolution und des Kommunismus.

Noch reaktionärer als die Gewerkschaften selbst ist die Zellenakt der KPD, unter einem Schwall radikal Phrasen und mit den Mitteln des Terrors sollen die aus der gewerkschaftlichen Hürde ausgebrochenen Mitglieder wieder in den Stall der Orzsch-Gewerkschaften zurückgetrieben werden. Diese Taktik hat vom Tage ihrer Geburt bis heute fast nichts wie schmächtige Niederlagen erlitten und ihre einzige Aufgabe besteht in einer schmächtlichen, bedingungslosen Wiedervereinigung von Moskau und Amsterdam im russischen Staatsinteresse. Die gewerkschaftliche Zellenakt bedeutet die Rückkehr zum Reformismus und die Liquidierung der Revolution.

Unaufhaltsam rollt der kapitalistische Karren dem Abgrund zu. Nirgend mehr ein Halten. Die bürgerliche Welt zerfällt in Atome. Die ökonomischen Widersprüche zerbrechen die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Produktionsbasis wird schmäler und schmäler. Ein Betrieb nach dem anderen kommt durch die Absatzstocung zum Erliegen. Die Arbeitslosigkeit nimmt ungeheurer Formen an. Die Kapitalisten und ihre Helfershelfer machen die verzweifeltsten Rettungsversuche. Demokratischer Bubenzauber und ideologische Gehirnerweiterung wechseln in banter Folge. Unter dem Schlagwort Rationalisierung wird den noch arbeitenden Schichten bei steigender Ausbeutung die Lebenshaltung gekürzt. Zuchtmaßnahmen und Kugel erwartet den, der es wagt, an dem morschen Bau zu rütteln. Die parlamentarischen Parteien und vor allem die KPD, halten die Massen durch verlogene Stimmentelaktionen von ihren wirklichen Aufgaben ab, und verhindern den Klärungsprozeß, den die entscheidende Tat erreichen. Die KAP hat die sturmproben Fahne des Kampfes nicht sinken lassen. Ihr Programm ist der Niederschlag der blutigen Erfahrungen von bald 8 Jahren Revolution. In ihre Front reihet sich ein, um so schneller und sicherer werden die roten Banner der Weltrevolution über den Trümmern der bürgerlichen Ordnung flattern.

III. Mitteilungen Groß-Berlin

Achtung! K. Distriktbüro Freitag, den 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet ein Öffentliches Diskussionsabend statt. Thema: Die Bankrott-Politik der KPD, und der Rolle Frontkämpferbund. Sympathisierende sind einzuladen. — Lokal: Brätter, Weidenweg 88.

Spenden. Genossen und Genossinnen, die mit dem Gedanken der KAP und AAU sympathisieren, treffen sich Donnerstags, abends 7 30 Uhr, bei Wagner, Lokal Wasserturn, Falkenhäuser Straße. Dasselbst ist auch unsere Presse zu haben.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Öffentliche Gruppenabende. Norden: Jeden Donnerstag im Lokal Eysar, Dunckerstr. 88, abends 7 30 Uhr. Osten: Jeden Mittwoch im Jugendheim Lichtenberg, Dossstraße 22, abends 7 30 Uhr. Laufender Kurs über „Grundzüge des Kommunismus“. Charlottenburg: Jeden Montag im Jugendheim Rosenstraße, abends 7 30 Uhr. Am Montag, den 17. Mal, „Ruf und der Kommunismus“. Partei- und Unionsgenossen! Hilft am Aufbau unserer Jugend. Schickt Eure Kinder zu uns.

Achtung! Achtung! Das Postschekkonto der V. R. U. K. ist eingezogen. Sämtliche Geldbewegungen sind an den Reichsbankkassen durch den Allgemeinen Arbeiter-Union zu machen, mit der entsprechenden Bescheinigung für Ihre Verrechnung.

Isaacsohn und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sahn, Neckf. Gedruckt in der Druckerei „Willy Isidorow“, Berlin O. 17, Lanestraße 79.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

Julii 1926
Alle Zahlungen an Postkontokonto Berlin NW 2, Nr. 492 29
(Zahlungsbefehl des Postamtes Berlin SO 35, Kontokonto 10)

Druckort: Bei Brand unter Straßennr. durch die Post. Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kurt Ziemer, Postfach 10. Proben-Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Politische Streiflichter

Der Kongreß der Werktätigen — Der englische Streik — Das Gebot der Stunde

Der „Kongreß der Werktätigen“ ist in der „Roten Fahne“ von der ersten auf die zweite, dann dritte und letzte Seite geschoben worden, und momentan überhaupt verschwunden. Man hat anscheinend befürchtet, daß die Proletarier in den vier Monaten Reichstagsferien unruhig werden könnten, und in diesem Falle muß die KPD, doch ein bißchen in „außerparlamentarischer Aktion“ machen. Es ist also anzunehmen, daß man dieses Monstrum parat hält, bis es notwendig wird, eine evtl. Unruhe aufzufangen, und totlauten zu lassen, wie beim „Volksentscheid“. Für die Erwerbslosen hat man einen „Erwerbslosenkongreß Berlin-Brandenburg“ in Reserve, und wird denselben steigen lassen, wenn es zu irgend welchen Unruhen kommen wird, oder wenn die Mitglieder der KPD unruhig werden, weil ihnen außer leeren Geschrei in der „Roten Fahne“ und den Schmalzaus des RFB, nichts geboten wird. Geht schon aus diesen offensichtlichen Versuchen, jede Bewegung des Proletariats mit einem kontrovervolutionären Ablenkungsmanöver zu beantworten das große Ruhebündnis der Moskauer Anstestellten hervor, so zeigt die folgende Meldung, daß eben die deutsche Arbeit den russischen „Kommunisten“ rufen kann, der „marschiert“, wenn der deutsche Kapitalist nicht „zuwestdeutschen Firmen ist der Bau von Koksofenanlagen im Dongebiet übertragen worden. Der Moskauer Stadtrat hat bei der AEG, und der Siemens-Schuckert-Gesellschaft 200 Straßenbahnwagen zum Muster der Berliner Wagen bestellt. Der Vorsitzende der russischen „Sowjetrol“, Bogusch, wird in Kürze nach Deutschland und Italien reisen, um Schiffe für die russische Ostflotte zu bestellen.“

Wenn die Proletarier dazu noch den Kommentar der „Roten Fahne“ lesen: „Mit Taktarbeit arbeitet der russische Staat an der Erweiterung und Neuorganisation seiner Industrie. Welche umfangreichen Bestellungen zu diesem Zwecke schon nach Deutschland verfertigt wurden.“ (Rote Fahne vom 16. Juli), dann haben sie den Schlüssel dafür, warum die KPD die Arbeiter zu politischen Stummhähnen erziehen muß, und wie der „Klassenkampf“ der III. Internationale und der „Kommunismus“ des „Arbeiterstaates“ aussieht.

Die Berichterstattung über den Kongreß der „Arbeiter und Arbeiterinnen“ ist ein Beispiel für die „Kommunisten“ in der „Roten Fahne“. Der sogenannte „Generalrat“ wartet darauf, bis die Bergarbeiter durch den Hunger zusammenbrechen, und daß sowohl die II. als auch die III. Internationale vor dem englischen Generalstreik erschrecken. Die Haltung des englischen Generalrat's war jedoch eindeutig kontrovervolutionär. Er muß daher immer wieder die Haltung der III. Internationale dieses Generalrat gegenüber angegriffen werden:

„Die kommunistische Internationale erklärt: Wir sind bereit, mit allen Arbeiterorganisationen, mit der zweiten Internationale sowohl, wie mit der Amsterdamer Internationale und der Bergarbeiterinternationalen, den Kampf zu führen für die gerechte Sache der britischen Bergarbeiter, wir sind bereit, alle Maßnahmen zu ergreifen, die uns von dieser Organisationsform trennen, zurückzuführen.“ (Manifest der III. Internationale.)

Damit war das englische Proletariat von vornherein dem kontrovervolutionären englischen Generalrat ausgeliefert, und zur Niederlage verurteilt. Die nach der unvermeidlichen und von beiden gewollte Niederlage einsetzende Polemik zwischen Moskau und Amsterdam hat den Sinn, Kapital aus dieser Niederlage zu schlagen und die eigene Henckelrolle zu verschleiern. Bedarf es dafür bezüglich der gelben Streikbruchinternationalen für denkende Arbeiter keinerlei Beweise mehr, so ist es immerhin angebracht, die Politik Moskaus immer wieder zu beleuchten.

Durch die bürgerliche Presse geht folgende, von der KPD-Presse nicht dementierte Meldung: Die Sowjetregierung verbietet die Streikunterstützung. Der Versuch des Zentralrates der Gewerkschaften, die

Unterstützung der englischen Bergarbeiter weiter fortzuführen, ist gescheitert. Die Sowjetregierung hat die zwangsweise Entziehung von Geldbeträgen von den russischen Arbeitern für die englische Unterstützung verboten.“

Die Ungeheuerlichkeit dieser Tatsache wäre nicht zu fassen und zu verstehen, wenn unser Hirn nicht durch die Waffe des historischen Materialismus so außerordentlich scharf trainiert wäre.

Die russische Regierung, der bestimmende Faktor der Komm. Int.-Politik muß jetzt schon offen als Henckelknecht selbst reformistischer Kämpfe dienen. Das ist die logische Konsequenz der Ablehnung revolutionärer kommunistischer Politik und Anerkennung des Kapitalismus. Geboren aus den Interessen des Kapitalismus in Rußland, Die Anerkennung zwingt zum Interesse an Ruhe und Ordnung im Kapitalismus. Zwingt darum auch die Interessen gegen eine mögliche Bruchlegung der Wirtschaft zu wehren.

Die KAZ, Nr. 54 brachte folgende Meldung: DHD: Die Sowjetregierung hat beschlossen, in den Arbeitsjahren 1926 und 1927 die Erzeugung der Naphtha-Industrie auf die Höhe von 572 Millionen Puds zu bringen. Die Regierung will außerdem zwei neue Naphtha-Rohrleitungen bauen und zwar zwischen der Stadt Grosni und Tuapsi und die zweite zwischen Baku und Batum. Ferner beschloß die Sowjetregierung, in der nächsten Zeit ihre Verkäufe russischen Naphthas zu vergrößern. Die Russen haben jetzt zwei große Seesonden Naphtha an England verkauft in der Höhe von 50 000 Tonnas. In diesen Zahlen sind auch Verkäufe russischen Schmieröls enthalten.“

Diese Meldung besagt in Verbindung mit dem Unterstützungsverbot alles. Die Kapitalisten Rußlands haben eine heillosen Angst, daß die durch den Bergarbeiterstreik heraufbeschworene Möglichkeit der Stilllegung der englischen Wirtschaft ihr Geschäft bedroht. Das Kommentar der KAZ, in Nr. 54:

„Diese Meldung, die die „Rote Fahne“ vom 7. Juli bringt, zeigt, daß der „revolutionäre Kampf“ der 3. Internationale gerade so weit geht, daß die Geschäfte keine Unterbrechungen erleiden. Die Stellung Rußlands zum englischen Generalstreik: Einheitsfront mit dem Generalrat der Gewerkschaften und ein jeden Preis, wir ist sich eben aus dieser zum klaren Sachlage.“

Wird durch das Unterstützungsverbot verhängt.

Warum werden diese einfachen klarlegenden Dinge von vielen Proletariern nicht gesehen? Sie lassen sich durch lautes Schreien der KPD-Strategen betäuben. Ist es etwas anderes als Schreien, angesichts des Unterstützungsverbot's von Hilfe für die englischen Bergarbeiter, „Sabotage des ADOB, bei der Unterstützungsaktion“ zu schreiben und zu sprechen?

Keine reaktionäre Regierung der Welt hat einen Schritt unternommen gegen die internationale reformistische Solidarität. Das blieb einzig und allein den Gewerkschaften und der bolschewistischen Regierung, dem „Sturmblock der Weltrevolution“ vorbehalten.

Was sagen die KPD-Mitglieder? „Diplomatische Notwendigkeiten!“ Ja, die Proletarier sind schon vor lauter „diplomatischen Notwendigkeiten“ ziemlich tief ins Grab gesunken. Der letzte Schlag wird ihnen auch noch mit „diplomatischen Notwendigkeiten“ beschmiert, verabreicht. Diese sich klug klingenden Arbeiterspiegel-diplomaten!

Klassenbewußte Arbeiter denkt mit uns! Reißt euch heraus aus dem Instrument für Revolutionsverrat!

Die russische Regierung ist genau so wenig mehr die Sachwalterin der proletarischen Klassenbefreiung wie die französische Regierung die Sachwalterin der Pariser Kommünkämpfer.

Die Proletarier müssen ihre eigenen Sachwalter sein! Es ist Zeit, Konsequenzen zu ziehen.

Die vertagte Krise

Nachdem die deutschen parlamentarischen Parteien einschließlich der KPD, die schwierige Situation, welche durch den Rationalisierungseifer der Industrie und die dadurch verstärkte Arbeitslosigkeit der Massen durch die Volkseinkaufsbewegung überwunden hatten, haben sie sich bis zum Winter, d. h. bis zur Wiederöffnung des Reichstages am 4. November bewußt in jedem Einfluß auf die Regierungswelt ausgeschaltet. Die letzten Tage der parlamentarischen Tagung waren mit den Beratungen des Fürstenabfindungsgesetzes und dem Schutz der Agrarier durch neue Zollbefreiungen ausgefüllt. Die Regelung der Fürstenabfindung wurde vertagt und die Zollbefreiung bewilligt. Die bürgerliche Linke schiebt die Schuld an diesen katastrophalen Resultaten der SPD, zu welche bei dem Kahlhand in der Fürstenabfindung nicht den genügenden Mut zur Unpopulartät aufgebracht habe, von dem sie seit 1918 so heldenhafte Beweise gegeben hätte. Die Sozialdemokraten hätten damit den in den republikanischen Parteien mit der Rechten lebäugelnden Rechten kreis gegeben, die immer behauptete, mit der Sozialdemokratie sei keine Politik zu machen. Dadurch hätten sie eine bürgerliche Einheitsfront für die Zollbefreiung geschaffen. Die erneute Belastung der Massen sei eine Folge der völlig sinnlosen Angst vor der kommunistischen Agitation. Die gesamte demokratische Presse stellt einseitige Urteile aus und warnt die SPD, vor den Folgen einer reinen Arbeiterpolitik. Es ist dies nicht weiter verwunderlich, denn die gesamte demokratische Partei und damit der Einfluß der von ihr vertretenen Bank- und Handelskreise hängt von der Gefolgschaft ab, welche ihr die SPD leistet. Der Widerstand gegen die Hochschutzzollbewegung der schwerindustriellen und landwirtschaftlichen Kreise ist eine Lebensfrage besonders für die durch die soeben Reingekürzte stark vergrößerte Handelschicht. Seit Beginn des Jahres 1924 sind ca. 25 000 Konkursverfahren eröffnet worden, von denen über die Hälfte auf den Warenhandel, und genau ein Drittel auf die Industrie entfällt. Der Rest verteilt sich auf die Banken, Landwirtschaft usw. Der Anteil des Warenhandels ist ständig im Wachsen begriffen, während charakteristische Weise der Anteil der Industrie zurückgeht, in diesem Zusammenhang dürfte auch die Tatsache interessieren, daß seit der Währungsstabilisierung über 25 000 Firmen aus dem deutschen Wirtschaftsapparat verschwunden sind. Diese Ziffern sprechen eine deutliche Sprache. Sie beweisen vor allen Dingen auch, in welcher stärker Weise sich seit dieser Zeit der Konzentrationstrend innerhalb der deutschen Wirtschaft vollzogen hat. Der Handel als Zwischenstadium zwischen Produktion und Konsumtion schrumpft immer mehr zusammen. Schon im Konsumvermögen ist seiner separierten Lage nicht mehr zu entnehmen, was für die Arbeiterklasse eine nicht mehr zu entgehende Tatsache. Die Konzentration mit ihrer den Handel überwindenden Wirkung hatte in einem engen Zusammenarbeiten zwischen dem soz. demokratischen Kernen und der Sozialdemokratie resultiert. Da auch teilweise die Fertigungsindustrie denselben Interessen hatte, so ergab sich die Weimarer Koalition, welche aber schon mit dem Beginn der stärkeren Inflation und erst recht mit dem Einsetzen der Stabilisierung auseinander wurde.

Heute stehen wir am Grabe dieser Koalition, aber nicht als Grabredner, die von dem Toten nur Oates zu sagen pflegen sondern als die von ihr schwer geschlagenen Revolutionäre, welche nicht zuletzt dieser Arbeitsgemeinschaft und dem darin liegenden Verrat der SPD, den Verlust, der teilweise im bisherigen Kampf in den Jahren 1918-19 errungenen politischen Macht verdanken. Diese Niederlagen haben unseren Kampf nicht die Geschichte beweist, auf Jahre zurückzuwerfen, aber nicht den Willen zum Sieg gelähmt. Der von uns schon lange vorangetriebene Zusammenbruch der Arbeitergemeinschaft mußte erst eine ziemlich offensichtliche Tatsache werden, bevor die Arbeiterchaft ihre geschichtliche Grenze berühren hatte. Die schwere Krise in der Industrie und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zwingt die Gewerkschaften, welche in die eigentlichen Drahtzieher der SPD-Politik sind, schließlich zu einer Auflösung der Arbeitergemeinschaft, ob sie wollen oder nicht. Sie müssen sich gegen den in der soz. Rationalisierung legenden Raubbau an der Arbeitskraft der Massen und gegen die bestialisch vor sich gehende Entlassung von Arbeitern zur Wehr setzen, wenn sie nicht eines Tages den völligen Zusammenbruch erleben wollen. Das Kapital sieht sich infolge der Krise zu den schärfsten Maßregeln gezwungen und soweit ein Zwang nicht besteht,